

WÄHLT DEN KAMPF UM EURE ZUKUNFT

**AM 17. SEPTEMBER WIRD DAS BERLINER ABGEORDNETENHAUS
NEU GEWÄHLT. WENN DER SPD-LINKSPARTEI-SENAT DANACH
ABTRITT, WERDEN WIR IHN WOHL KAUM VERMISSEN.**

Schließlich ist dieser Regierung in vier Jahren nichts Besseres eingefallen, als an Bildung, Kultur, Gesundheit und Sozialem zu sparen. Auf der anderen Seite sind CDU, FDP und Grüne keine Alternative. Sie würden im Senat noch rücksichtslos alles privatisieren, was nicht bei drei auf dem Baum ist. Deshalb unterstützt die SDAJ die offene Liste der Berliner Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG). Eine Kraft links von der Linkspartei im Abgeordnetenhaus würde deutlich machen, dass sich die BerlinerInnen nicht widerspruchslos alles wegnehmen lassen – auch nicht durch eine Linkspartei, die vorgibt im Interesse der Berliner zu agieren, um in der Regierung den Sozialraub der neoliberalen Parteien umzusetzen.

LEERSTELLEN STATT LEHRSTELLEN

Die offizielle Jugendarbeitslosigkeit in Berlin hat inzwischen 20 Prozent erreicht, mehr als in jedem anderen Bundesland. Auf drei BewerberInnen kam 2005 ein betrieblicher Ausbildungsplatz. Jugendliche, die einen Ausbildungsplatz im Betrieb haben, sind sogar an den Berufsschulen zur Minderheit geworden. Und die etablierten Parteien haben für die Jugendlichen nur warme Worte und einen „Ausbildungspakt“ übrig, der statt Ausbildungsplätzen nur unbezahlte Praktika bringt.

SACHZWANGSLÜGEN

Dabei könnte der Senat durchaus etwas gegen die Ausbildungsmisere tun. Er könnte das viele Geld, das die Stadt in sinnlosen Warteschleifen wie Berufsvorbereitungsjahren verpulvert, stattdessen für mehr Ausbildung im öffentlichen Be-

reich ausgeben – anstatt gerade dort, von den Bezirksamtern über Charité und Vivantes bis zur BVG immer mehr Ausbildungsplätze zu streichen. Und er könnte Aufträge nur noch an solche Firmen vergeben, die ausreichend Ausbildungsplätze anbieten – statt beispielsweise die Behördenpost einem ausbildungsfreien Unternehmen übergeben und dann auch noch (so tat es der Wirtschaftssenator Harald Wolf von der Linkspartei) der Deutschen Post nahe legen, sie möge doch trotzdem Azubis als billige Arbeitskräfte einstellen.

KEINE VORSCHLÄGE, KEINE BITTEN – SONDERN FORDERUNGEN!

Dies sind keine Vorschläge. Es sind Forderungen an Abgeordnetenhaus und Senat. Das **BERLINER JUGENDBÜNDNIS FÜR AUSBILDUNG** schickt derzeit Briefe an die Berliner Parteien mit der Aufforderung, sich zu den Forderungen zu bekennen. Die Antworten werden wir im Wahlkampf bekannt geben. Wer sie ablehnt, macht deutlich, dass er nichts davon hält, Berlins Jugendlichen eine Chance zu geben. Wer zustimmt, wird von uns auch nach der Wahl daran erinnert werden. Wirksam können wir das aber nur tun, wenn die Parteien eine Reaktion der Berliner Jugendlichen befürchten müssen.

**DESHALB: WÄHLT AM 17. SEPTEMBER WASG!
UND WÄHLT AN ALLEN TAGEN DEN KAMPF FÜR
EURE INTERESSEN! KOMMT ZUR GEWERK-
SCHAFTSDEMO AM 1. MAI, 10 UHR AB WIT-
TENBERGPLATZ, UND UNTERSTÜTZT DAMIT
UNSERE FORDERUNGEN!**

SHOWDOWN IM KAMPF UM ARBEITSPLÄTZE

**500 KOLLEGEN IM SPANDAUER CNH-BAU-
MASCHINENWERK (FRÜHER O&K) KÄMPFEN
SEIT WOCHEN UM IHRE ARBEITSPLÄTZE.**

1998 hatte der italienische Fiat-Konzern das Traditionsunternehmen von Krupp übernommen. Am 23. November 2005 teilte die Geschäftsleitung der Belegschaft mit, das Werk werde wegen Überkapazitäten und ungünstiger Wechselkurse geschlossen. Zunächst würden rund 400 Beschäftigte entlassen (darunter auch 47 Auszubildende). Das Ende des gesamten Standorts mit 590 Beschäftigten wäre absehbar.

Dabei macht das Unternehmen seit Jahren Gewinn. Gespräche mit der Geschäftsleitung, um die Schließung abzuwenden, blieben ergebnislos. Deshalb versucht die IG Metall nun einen Sozialtarifvertrag mit Bestimmungen zu Umschulung, Abfindungen und einem Härtefallfonds durchzusetzen, der den Konzern bis zu 100 Millionen Euro kosten könnte. Eigentliches Ziel dahinter ist, eine Schließung so teuer zu machen, dass der Vorstand seine Pläne doch noch ändert.

Der zeigte sich davon aber ebenso wenig beeindruckt wie von der Forderung des Berliner Senats, 70 Millionen Euro Zuschüsse zurückzuzahlen, die das Unternehmen nur bekommen hatte, um eine Werksschließung zu vermeiden.

Seit dem 21. Februar befinden sich die Beschäftigten der CNH in einem unbefristeten Streik, der schon Wirkung zeigt – sowohl durch den Produktionsausfall als auch durch Lücken in der Lieferkette zu anderen europäischen CNH-Werken. Als der Konzern Ende April mehrere Sattelschlepper aus Österreich nach Spandau schickte, um dort hergestellte Baumaschinen abzutransportieren, konnten die Streikposten das mit einer Blockade verhindern.

SDAJ?

Wer wir sind & was wir wollen

Täglich wird Dir eingetrichtert, dass Du zu faul oder unflexibel bist, wenn Du in der Schule auf der Strecke bleibst, bei der Ausbildungsplatzvergabe leer ausgehst oder von Deinem Chef auf die Straße gesetzt wirst. Wir aber haben es satt, dass die Banken & Konzerne immer fettere Gewinne einfahren, während uns das Recht auf Arbeit und Ausbildung verweigert wird. Wir sehen nicht ein, warum der Staat Milliarden in die Rüstung pumpt, während wir auf Jugendzentren, Lernmittelfreiheit und Studium verzichten müssen. Wir wollen keine 1-Euro-Jobber und auch kein Kanonenfutter für die Bundeswehr sein. Und wir lassen uns nicht länger erzählen, dass SozialhilfeempfängerInnen oder AusländerInnen für die um sich greifende Armut in diesem Land verantwortlich sind. Wir – SchülerInnen, Azubis, junge ArbeiterInnen und Angestellte – haben uns deshalb in der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend organisiert. Dabei eint uns nicht nur der tagespolitische Kampf, sondern auch die Einsicht, dass die Missstände nur dauerhaft überwunden werden können, wenn wir mit der jetzigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung brechen. Stattdessen treten wir für eine sozialistische Gesellschaft ein, in der die arbeitenden Menschen – und nicht eine handvoll Kapitalisten – über den von ihnen geschaffenen Reichtum entscheiden.

DAZU BRAUCHEN WIR AUCH DICH – MACH MIT IN DER SDAJ!

>> IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN _Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend Landesverband Berlin/Brandenburg

V.i.S.d.P. _J. Gerdes, Franz-Mehringplatz 1, Berlin

AUFLAGE _1.500
DRUCK _Eigendruck
SATZ _hatuey

BASTA! ist eine SchülerInnenzeitung. VerteilerInnen sind nicht für den Inhalt verantwortlich.

NÄCHSTE AUSGABE _Juli 2006
REDAKTIONSSCHLUSS _01.07.05

KONKRETER KONTAKT

SDAJ-Berlin
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin

E-MAIL _info@sda-j-online.de

OFFENES GRUPPENTREFFEN _Jeden Dienstag
_19.30 Uhr _Jonasstr. 29, U-Hermannstr.

BLONDE, BLAUÄUGIGE OPFER?

DER BRUTALE ÜBERFALL AUF DEN DEUTSCH-ÄTHIOPIER ERMYS M. IN POTSDAM REIHT SICH EIN IN EINE SERIE RECHTER GEWALTSTATEN GEGEN MIGRANTEN UND LINKE IN BERLIN UND BRANDENBURG.

Dass das Opfer der rechten Schläger mit lebensgefährlichen Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert werden musste, stellt allerdings einen neuen Höhepunkt dar. Politiker aller Parteien sahen sich diesmal gezwungen, Stellung zu beziehen. Was wir dann von ihnen zu hören bekamen, war allerdings erschreckend. Brandenburgs Innenminister Jörg Schönbohm (CDU) regte sich darüber auf, dass Generalbundesanwalt Nehm wegen Gefährdung der inneren Sicherheit den Fall sofort an sich gezogen hatte – ein deutliches Zeichen gegen Rechts. Das jedoch störte Schönbohm, dem offenbar nicht die Sicherheit aller Menschen in Brandenburg am Herzen liegt sondern allein das Image des Landes.

Noch schlimmer trieb es Bundesinnenminister Schäuble (auch CDU). Der warnte davor, voreilig auf einen rassistischen Hintergrund der Tat zu schließen. Schließlich seien auch blonde, blauäugige Menschen Opfer von Gewalttaten, „zum Teil sogar von Tätern, die möglicherweise nicht die deutsche Staatsangehörigkeit haben“. So will er den rechten Überfall noch in eine Diskussion über kriminelle Ausländer verwandeln. Außerdem wird fieberhaft versucht, den Vorfall zu einer Kneipenschlägerei herunterzuspielen. Ermys M. sei betrunken gewesen und habe die Täter womöglich provoziert. Dass die unter Tatverdacht stehenden Männer zumindest rechte Musik hören und in der Hooligan- und gewaltbereiten Rockerszene mit Kontakt zu Neonaziorganisationen zu Hause sind, spielt offenbar keine Rolle. Auch ihr Ruf „Scheiß Nigger“ vor der Tat scheint normal zu sein.

SDAJ-VERANSTALTUNG:

8. MAI 1945: TAG DER BEFREIUNG VOM FASCHISMUS!

EIN BERICHT AUS DEM ANTIFASCHISTISCHEN WIDERSTAND

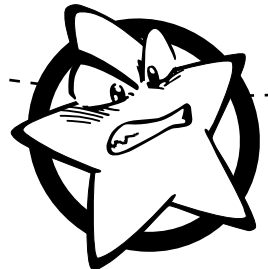
Kurt Langendorf hat als Angehöriger der Wehrmacht gegen die NS-Herrschaft gekämpft. Heute ist er Vorsitzender der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) in Berlin. Er berichtet auf unserer Veranstaltung von seinen Erfahrungen im antifaschistischen Widerstand und wie er das heutige Deutschland erlebt.

_DI, 9. MAI _20 UHR _CHILE-FREUNDSCHAFTSGESELLSCHAFT _JONASSTR. 29 (U-HERMANNSTR.)



ICH WILL...

- ...MEHR INFORMATIONEN ÜBER DIE SDAJ.
- ...EIN PROBEEHEMPLAR DER POSITION (SDAJ-MAGAZIN).
- ...KONTAKT ZUR SDAJ-BERLIN.



Name, Vorname

E-Mail

Anschrift, PLZ, Ort

Telefon

AUSFÜLLEN, AUSSCHNEIDEN, EINTÜTEN UND AN UNS SCHICKEN (ADRESSE SIEHE IMPRESSUM)!